

Übersicht Beschlüsse für das Bundestagswahlprogramm: Grundsicherung, Grundeinkommen, soziale Sicherung

<i>Gegenstand</i>	<i>Beschluss</i>
Grundsicherung	
<i>Höhe</i>	„Wir wollen die Regelsätze für Erwachsene sofort auf zunächst 420 Euro erhöhen. Sie müssen regelmäßig in einem transparenten Verfahren an die tatsächlichen Lebenserhaltungskosten angepasst werden. In besonderen Not- oder Lebenslagen müssen zusätzlich wieder individuelle Leistungen ermöglicht werden.“
<i>Kinderregelsatz</i>	„Für Kinder und Jugendliche brauchen wir deshalb endlich Regelsätze, die dem entwicklungs- und bildungsbedingten Bedarf von Kindern und Jugendlichen gerecht wird. “
<i>Sanktionen</i>	„Die Zahlung einer sozialen Grundsicherung soll weiterhin an die Bereitschaft geknüpft werden, der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Der Grundbedarf, der für eine Teilhabe an der Gesellschaft notwendig ist, darf nicht durch Sanktionen angetastet werden. Die Frage nach der Gegenleistung darf nicht durch Zwang, sondern muss durch faire Spielregeln und positive Anreize gelöst werden.“ (Kap. 3, S. 6)
	„Solange die von uns geforderten Änderungen der Sanktionsregelungen in der Praxis der Arbeitsagenturen nicht umgesetzt sind, fordern wir ein Sanktionsmoratorium . Es gehört zu unserem Verständnis sozialer Bürgerrechte, dass in Konfliktfällen Widerspruchsrechte mit aufschiebender Wirkung bestehen und dass unabhängige Beratung in Anspruch genommen werden kann. Notwendig sind zudem Ombudsstellen , die Konflikte zwischen Arbeitslosen und Jobcenter vor Ort schnell und verbindlich lösen können.“ (Kap. 3, S. 5)
<i>Zumutbarkeitsregeln</i>	„Wir wollen die Zumutbarkeitsregeln beim Arbeitslosengeld II entschärfen.“ (Kap. 3, S. 6)
<i>Zuverdienst</i>	„Neben den 100 Euro, die nach jetziger Gesetzeslage frei von der Anrechnung sind, soll jeder darüber hinaus verdiente Euro mit mindestens 50 Cents bis zu einer Höhe von 400 Euro bei den Arbeitslosen verbleiben. “ (Kap. 3, S. 6)
<i>Anrechnung von Partnereinkommen</i>	„Wir wollen die Anrechnung von Partnereinkommen abschaffen. “ (Kap. 3, S. 6)
<i>Anrechnung von Vermögen</i>	„Zudem muss für Langzeitarbeitslose ein erheblich höheres Schonvermögen für Altersvorsorgeaufwendungen gelten. Die Ersparnisse auf dem grünen Altersvorsorgekonto sollen von der Anrechnung auf Arbeitslosengeld II-Leistungen freigestellt sein.“ (Kap. 3)
<i>bedingungslose Grundsicherung auf Zeit</i>	„Perspektivisch wollen wir in die Grüne Grundsicherung ein auf Lebenszeit abrufbares Zeitkonto integrieren, über das im Bedarfsfall eigenverantwortlich verfügt werden kann. “ (Kap. 3)
Alterssicherung	
	„Wir setzen deswegen auf ein Alterssicherungssystem, das nachhaltig finanziert wird und allen eine eigenständige Rente gewährt, die wirksam vor Armut schützt und nicht zusätzliche

	Grundsicherungsleistungen erfordert.“
<i>Garantierente</i>	„Die BürgerInnen müssen sich darauf verlassen können, dass sie als langjährig Beitragszahlende der Gesetzlichen Rentenversicherung auch als Geringverdienende, Teilzeiterwerbstätige oder mit unterbrochenen Erwerbsbiografien im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein werden. Darum werden wir unzureichende Ansprüche auf ein Mindestniveau aufstocken , welches den Grundbedarf für alle sichert . Verdeckte Armut im Alter ist immer noch ein Problem, insbesondere bei Frauen. Deshalb soll die Aufstockung auch für Bürgerinnen und Bürger erfolgen, die bereits in Rente sind . (...) Die Garantierente muss aus Steuermitteln finanziert werden.“
<i>Bürgerversicherung</i>	„Wir wollen in einem ersten Schritt die Garantierente einführen. Langfristig wollen wir die Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung für Alle weiterentwickeln, in die alle Erwachsenen unabhängig vom Erwerbsstatus mit Beiträgen auf alle Einkommen einzahlen.“
<i>Rentensplitting</i>	„Dazu wollen wir ein Splitting schon in der Ehe obligatorisch machen, nicht erst bei Eintritt in das Rentenalter. Monat für Monat sollen die gemeinsamen Anwartschaften von Paaren je hälftig ihren Rentenkonten gutgeschrieben werden . Damit werden Anrechte neu aufgebaut. Und: So werden Rahmenbedingungen geschaffen, die Erwerbsarbeit von Frauen begünstigen. Gleichzeitig soll die Witwenrente (Witwerrente) schrittweise reduziert werden und in voller Höhe nur noch an die derzeitigen Rentnerinnen und Rentner sowie die rentennahen Jahrgänge gezahlt werden. Die Witwenrente wird in dem Maße reduziert, wie eigenständige Rentenanwartschaften von Frauen aufgebaut worden sind.“ (Kap. 3)
<i>private Vorsorge</i>	„Mit unserem Altersvorsorgekonto wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern eine moderne und einfache Förderung anbieten. Private und betriebliche Altersvorsorge werden unter einem Dach zusammen geführt. (...) Das grüne Altersvorsorgekonto konzentriert die Förderung stärker als bisher auf Geringverdiener und mittlere Einkommen .“ (Kap. 1)
<i>Kindergrundsicherung</i>	„Wir schlagen eine eigenständige und bedingungslose Kindergrundsicherung für alle Kinder vor. Sie soll das soziokulturelle Existenzminimum und Freibeträge für Erziehung und Betreuung umfassen, sofern diese Leistungen nicht öffentlich kostenfrei bereitgestellt werden . Die Eltern müssen diese Kindergrundsicherung versteuern . Bei den Regelungen zur Besteuerung der Einkommen aus der Kindergrundsicherung müssen die Familiengröße ebenso berücksichtigt werden, wie Fragen des Unterhaltes. Mit dieser Leistung werden sämtliche Kinder unterstützt, unabhängig davon, ob ihre Eltern verheiratet sind oder nicht oder allein erziehend. Zur Finanzierung wollen wir das Ehegattensplitting im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten abschaffen .“ (Kap. 5)
<i>Studienfinanzierung</i>	„Daher wollen wir die staatliche Studienfinanzierung stärken und zu einem Zwei-Säulen-Modell ausbauen. Dabei kombinieren wir einen einheitlichen Sockelbetrag , der allen Studierenden elternunabhängig zugute kommt, mit einem Zuschuss

	<p>für Studierende aus einkommensarmen Elternhäusern als starke soziale Komponente. Beide Säulen sind als Vollzuschüsse gestaltet. Kindergeld und Kinderfreibeträge werden dabei so umgewandelt, dass sie nicht länger an die Eltern, sondern direkt an die Studierenden fließen. Der Sockelbetrag soll über dem derzeitigen Kindergeld liegen und stellt einen Einstieg in eine elternunabhängige Studienfinanzierung dar.“ (Kap. 5, S. 7)</p>
Rechtsansprüche auf öffentliche Dienstleistungen	
<i>Kinderbetreuung</i>	„Deshalb treten wir für einen Rechtsanspruch auf eine qualitativ hochwertige und vor allem ganztägige Bildung, Betreuung und Erziehung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr ein.“ (Kap. 5)
<i>Arbeitsmarktpolitik</i>	„Mit einem faktischen Recht auf Ausbildung, zusätzlichen Studienplätzen, dem gezielten Ausbau der Weiterbildungsstruktur für Beschäftigte und Arbeitslose, gezielter Qualifikation in Zukunftsbranchen mit Fachkräftemangel und mit dem Ausbau öffentlicher Beschäftigung und Qualifizierung wollen wir für jede und jeden eine neue Chance eröffnen. (...) 50 Prozent aller Weiterbildungsangebote der Bundesagentur für Arbeit sollen für Geringqualifizierte reserviert sein und wiederum 50 Prozent dieser Angebote sollen zu einem anerkannten Berufsabschluss führen.“ (Kap. 3)
Kosten für soziale Dienstleistungen	
<i>Kinderbetreuung</i>	„Zum anderen müssen Elternbeiträge nach Einkommen gestaffelt und schrittweise abgebaut werden . Wir wollen die Beitragsfreiheit für die Kindertagesbetreuung. In einem ersten Schritt soll ein Betreuungsjahr für jedes Kind gebührenfrei sein. Außerdem darf das ab 2013 geplante Betreuungsgeld nicht eingeführt werden.“ (Kap. 5, S. 2)
<i>Gesundheitsbereich</i>	„ Praxisgebühr und Medikamentenzuzahlungen wollen wir daher abschaffen , weil sie für arme Menschen große Hürden darstellen und deshalb in nicht wenigen Fällen zur Verschleppung notwendiger Behandlung führen.“ (Kap. 3)
Einkommenssteuer	
	„Die eingetragenen Lebenspartnerschaften wollen wir im Steuerrecht der Ehe gleichstellen. Wir wollen nur noch eine Steuerklasse mit einem Tarif und die persönlichen Freibeträge entsprechend anpassen .“ (Kap. 1)
	„Das Ehegattensplitting – das die Ehe fördert und nicht das Leben mit Kindern – wollen wir zur Individualbesteuerung weiter entwickeln. Damit wird das derzeitige Lohnsteuerklassensystem weitgehend vereinfacht. Die Steuerklassen III, IV und V werden überflüssig.“ (Kap. 1)
	„Familien mit Kindern werden derzeit grundlegend anders besteuert, je nachdem ob die Eltern verheiratet, allein erziehend sind oder in einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft leben. Diese Ungleichbehandlung wollen wir beseitigen. Wir wollen eine steuer- und sozialpolitische Gleichbehandlung aller Lebensformen mit Kindern .“ (Kap. 5)

<i>Sonstiges</i>	
<i>Erwachsenen-BAFög</i>	„Zentrale Voraussetzung dafür ist die Einführung eines Erwachsenen-BAFög, das keine Altersgrenzen und Berufsbeschränkungen kennt . Durch einen Mix von Zuschüssen und Darlehen können Berufsabschlüsse nachgeholt und Weiterbildungen finanziert werden.“ (Kap. 4)
<i>Elterngeld</i>	„Mit der derzeitigen Ausgestaltung werden Erziehende mit keinem oder geringem Einkommen gegenüber dem früheren Erziehungsgeld schlechter gestellt. Deshalb wollen wir einen bedarfsgerechten Sockelbetrag für Geringverdienende und Studierende einführen. Alleinerziehende und gleichgeschlechtliche Partnerschaften dürfen nicht benachteiligt werden.“ (Kap. 5)
<i>Arbeitslosenversicherung</i>	„Deshalb wollen wir den Zugang zu Leistungen der Arbeitslosenversicherung erleichtern. Auch Selbstständige sollen sich dauerhaft gegen Arbeitslosigkeit und Auftragsflauten absichern können.“ (Kap. 3, S. 3)
<i>Individuelle Absicherung</i>	„Wir brauchen einen Umbau der Sozialversicherungen und des Steuersystems, bei dem perspektivisch die vom Partner abgeleiteten Ansprüche zugunsten einer individuellen Absicherung abgeschafft werden . Dazu gehört etwa eine Bürgerversicherung in der Krankenversicherung, die unabhängig vom Familienstand eine Absicherung bietet. Bestehende negative Erwerbsanreize wie das Ehegattensplitting , die Steuerklassen 3 und 5 , die Subventionierung von Minijobs oder die kostenfreie Mitversicherung von EhegattInnen sollen perspektivisch wegfallen. Für ein selbstbestimmtes Leben ist eine eigenständige Existenzsicherung unerlässlich.“ (Kap. 11)
<i>Krankenversicherung</i>	„Eine für alle, statt Flucht aus der Solidarität: Im Gesundheitssystem wollen wir mit der grünen Bürgerversicherung alle Menschen in die solidarische Finanzierung einbeziehen und damit die 2-Klassen-Medizin abschaffen. (...) Wir wollen eine Bürgerversicherung, in die alle gemäß ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit einbezahlen und die allen unabhängig von ihrem Geldbeutel die notwendige und angemessene medizinische Versorgung garantiert . (...) Deshalb sollen auch andere Einkommensarten wie Kapitaleinkommen und Einkommen aus gewerblicher Vermietung und Verpachtung in die Finanzierung einbezogen werden . Damit durch die Heranziehung weiterer Einkommensarten nicht vor allem kleine und mittlere Einkommensbezieher belastet werden, wollen wir für die zusätzlichen Einkommensarten Freigrenzen einräumen und die Beitragsbemessungsgrenze anheben .“
<i>Pflegezeit</i>	„Deshalb wollen wir eine dreimonatige Pflegezeit mit einer Lohnersatzleistung einführen. Die Grüne Pflegezeit soll nicht nur engen Verwandten offen stehen, sondern allen, die die Pflege von Angehörigen oder Freunden organisieren oder sie beim Sterben begleiten. Damit Pflegepolitik diesen Anforderungen gerecht werden kann, muss die Finanzierungsgrundlage für die Pflege deutlich erweitert werden. Deshalb wollen wir die Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln.“ (Kap. 3)